

Fakten, die zum Teilen zwingen

Daten zu nationalen und weltweiten sozialen
Ungleichheiten

1. Vorbemerkung zur Themenstellung

Hat wohl der heilige Martin, als er seinen Mantel entzweischneidete, um die eine Hälfte einem Bettler am Wegesrand zu geben, diesen als ein »Faktum« erlebt, das ihn zum Teilen »zwang«? Schließlich ist nicht überliefert, daß der Bettler, etwa in organisiertem Zusammenschluß mit einer Horde von Schicksalsgenossen, den römischen Soldaten bedroht hätte. Wäre Sankt Martin unter solchem Zwang gestanden, dürfte die angedeutete Begebenheit kaum dermaßen ins Zentrum der Verehrung des berühmten Bischofs von Tours gestellt worden sein. Allein unmittelbare Betroffenheit angesichts des Elends und spontane Hilfsbereitschaft erklären diesen Akt des Teilens, der vielfach zum Symbol von »Wohltätigkeit« überhaupt geworden ist.

Vergegenwärtigt man sich vor dem Hintergrund dieser Szene die aktuelle Weltsituation, so fallen die Unterschiede direkt ins Auge: Obwohl Fernsehbilder von hungernden Kindern immer wieder in unsere Wohnzimmer flimmern und sicher bei vielen von uns auch Gewissensbisse und Mitleid erregen, bleibt das Leid von mehr als einer Milliarde Menschen, die auf dieser Erde unter oder an der Armutsgrenze leben, in eine sogenannte »Dritte« Welt verbannt, weit entfernt von unserer erfahrungsmäßig zugänglichen Lebenswelt und für die meisten unbegreifbar in ihren ursächlichen Zusammenhängen. Trotz jahrzehntelangen Spendensammelns und trotz (manche sagen: wegen) staatlicher Entwicklungspolitik hat sich die Situation auch nicht entscheidend verändert, und allerorten wird eine tiefe Motivationskrise des »Dritte«-Welt-Engagements beklagt. Wo soll da das unbestreitbare und unbestrittene »Faktum« welt-

weiter, extremer Armut noch zum Teilen »zwingen«? Überdies ist schließlich durchaus unklar, ob bloßes »Teilen« die Situation der Ärmsten wirklich und nachhaltig verbessern könnte. Liegt es nicht in der Logik des marktwirtschaftlichen Systems, das nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus unangefochten die utopielosen Zukunftsperspektiven beherrscht, daß für Lazarus nur dann mehr Brosamen vom Tisch des reichen Prassers fallen, wenn zunächst einmal dessen Wirtschaft »wächst«? Oder im Bild des Mantels: Wie kann verhindert werden, daß dieser durch fortgesetztes Teilen so klein wird, daß er schließlich niemandem mehr nützt?

Gehen wir zunächst nochmals auf den problematischen Begriff des »Zwangs« zurück. Geschichtliche Erfahrungen zeigen, daß es unverantwortlich wäre, allein auf die Einsichtsfähigkeit und Umkehrbereitschaft derer zu hoffen, die die Macht und den Reichtum in Händen halten. Selbst noch dort, wo eine Korrektur bestehender Strukturen durchaus im *langfristigen* Interesse der Herrschenden lag, mußten diese häufig genug durch sozialen Druck von unten zu dieser Einsicht gebracht werden. Erst wenn Menschen nicht mehr bereit sind, ihr Elend als unveränderliches Schicksal widerstandslos hinzunehmen, die Legitimität bestehender Strukturen in Frage stellen und massiven sozialen oder politischen Druck ausüben, entsteht im Sinne des Titels meines Beitrags ein soziales »Faktum«, das zumindest Chancen hat, ein Teilen zu »erzwingen«.

In diesen Zusammenhang gehört beispielsweise der weltweit massiv wachsende Migrationsdruck. Menschen, die in ihrer Heimat auf Grund ökonomischer oder ökologischer Katastrophen, politischer Unterdrückung oder militärischer Bedrohung keine Überlebenschance mehr sehen, gleichzeitig aber gut informiert sind über die relative Sicherheit und den hohen Lebensstandard in anderen Teilen derselben Welt, machen sich auf einen meist überaus hinderreichen Weg, um in einem anderen Land zu überleben und vielleicht sogar besser zu leben. Jede und jeder von uns Europäern/innen würde in einer vergleichbaren Situation ähnlich handeln und ebenfalls hohe Strapazen, viel-

leicht auch Illegalität in Kauf nehmen. Nach Angaben des UNHCR¹ ist weltweit die Zahl der Flüchtlinge von 2,8 Millionen im Jahre 1976 auf 17,3 Millionen im Jahr 1990 gestiegen², also um mehr als das Sechsfache. In diesen Zahlen sind die in der »Dritten« Welt zunehmende Abwanderung vom Land in die Slums der Großstädte und die legalen internationalen Bewegungen der Wanderarbeiter/innen noch gar nicht enthalten. Die meisten Flüchtlinge nach der Definition des UNHCR haben in Ländern Afrikas und Asiens Zuflucht gefunden. Nur knapp 900 000 befinden sich in Europa, wo die Zunahme zwischen 1976 und 1990 im Weltmaßstab auch am geringsten ausfiel. Die Kriege im ehemaligen Jugoslawien und die z. T. erschreckenden Prognosen eines in der Zukunft massiv anwachsenden Migrationsdrucks machen jedoch deutlich, daß auch West- und Mitteleuropa sich kaum als Wohlstandsinseln in einem Meer von Krieg, Umweltzerstörung und sozialem Elend werden abschotten können. Gleichzeitig wächst innerhalb dieser Wohlstandsinseln selbst die Angst vor der Konkurrenz möglicher Zuwanderer um Arbeitsplätze und Wohnraum sowie die Angst vor vermeintlicher Überfremdung durch deren kulturelle Andersartigkeit, eine Angst, die sich europaweit zunehmend in Rassismus und faschistoider Gewalt steigert. So könnten »Zwänge« entstehen, die es auch kalt kalkulierenden Politikern als sinnvoll erscheinen lassen, das Flüchtlingsproblem dort zu bekämpfen, wo es entsteht: bei den katastrophalen Verhältnissen in den Herkunftsländern.

Doch wäre es auf der anderen Seite gefährlich, wollte man sich allein auf die Dynamik solcher »Zwänge« verlassen. Denn die wachsenden Bedrohungsängste garantieren keineswegs mehr Gerechtigkeit. Sie können auch in ein höheres Maß an Abschottungs- und Sicherheitsbestrebungen umschlagen. Es ist deshalb ein Spiel mit dem Feuer, aus solcherart »Fakten« politisch Kapital schlagen zu wollen, ganz gleich, ob mit guten oder schlechten Absichten. Zu einer ethisch verantwortbaren Haltung und entsprechendem Handeln kommen wir nur, wenn wir uns über unsere kurz- und langfristigen Eigeninteressen hinaus auch dazu bekeh-

ren – und sei es unter Druck –, die prinzipiell gleichberechtigten legitimen Interessen der »anderen« zur Geltung kommen zu lassen. Zwar wäre viel gewonnen, wenn die Industrieländer wenigstens ihrem »wohlverstandenen Eigeninteresse« folgten, dem Prinzip der Gerechtigkeit entspricht ein Handeln jedoch erst, wenn der »Schritt vom Eigeninteresse zum Allgemeininteresse, von der begrenzten zur globalen Solidarität« vollzogen wird.³ Es kommt darauf an – so schrieb schon Papst Johannes XXIII. 1961 in »Mater et Magistra« – daß sich die unter so verschiedenen Bedingungen und Möglichkeiten lebenden Menschen »gleichsam als Bewohner ein und desselben Hauses vorkommen« (MM 157), als eine »Menschheitsfamilie« (JM 7), in der es zunehmend unvorstellbarer wird, daß ein Teil der Familie einem anderen nur per Fernsehen zusieht, wie er verhungert. In diesem vor dem Hintergrund des universalen Gerechtigkeitsprinzips ethisch qualifizierten Sinn will ich hier auch dann noch von »Zwang« sprechen, wenn damit nicht der sicherlich notwendige soziale und politische Druck von unten, sondern auch die bessere Einsicht in das moralisch Geforderte gemeint ist. Der »Zwang« liegt dann in der Bindungswirkung eines moralischen Konsenses, der unter Beteiligung der Interessen aller in Form eines herrschaftsfreien, verständigungsorientierten Diskurses erreicht wurde.⁴ Die »Universalität« beim Zustandekommen des Konsenses impliziert eine gerechte Verteilung von dessen Folgewirkungen. Denn die Rede von der Notwendigkeit des Teilens darf nicht außer acht lassen, daß das Teilen ein wirklich solidarisches sein muß. Wer immer vom Teilen redet, aber de facto nur von anderen Opfer erwartet, macht sich unglaublich unwürdig. Der Ausgleich der sozialen Unterschiede kann nicht allein von der Solidarität der unteren Schichten untereinander erwartet werden. Hier liegt einer der Gründe für die derzeit so beklagte Parteienverdrossenheit. Auch werden Arbeitnehmervertreter verständlicherweise hellhörig, wenn Unternehmer zum »Teilen« auffordern, um durch niedrigere Löhne im Westen die Situation im Osten vermeintlich verbessern zu wollen. Innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes gab es deshalb über dessen ei-

genes Motto »Teilen verbindet« zum 1. Mai 1992 erheblichen Streit⁵, der klarmachte, daß die Bereitschaft zum Teilen um so mehr abnimmt, je weniger diejenigen auf transparente Weise herangezogen werden, die tatsächlich auch mehr hergeben könnten.

Unverzichtbare Grundlage für die ethisch-politischen Diskurse, die von der Notwendigkeit des Teilens überzeugen wollen, ist freilich die sachliche Verständigung über die aktuelle Situation, insbesondere die in ihr herrschenden Ungleichheiten der Lebenschancen der Menschen. Ohne in meinem folgenden Beitrag die Ebene der Formulierung und Begründung sozialetischer Normen oder gar die Ebene der praktischen Umsetzung erreichen zu können – ein paar Bemerkungen am Ende der jeweiligen Abchnitte werde ich mir gleichwohl nicht verkneifen – möchte ich in wenigen Schlaglichtern ins Bewußtsein rufen, wie groß die Unterschiede innerhalb ein und derselben »Menschheitsfamilie« tatsächlich sind. Ich beginne dabei mit den in unserem eigenen Land vorfindlichen Ungleichheiten, um danach die Perspektive auf die globale Problematik hin auszuweiten.

2. Soziale Ungleichheit in Deutschland

Seit der verdienstvollen und wachrüttelnden Studie von Heiner Geißler zur »Neuen Sozialen Frage« von 1976⁶ wurde das Phänomen »Armut« oder »Neue Armut« in der Bundesrepublik zunehmend erforscht und diskutiert, auch wenn das politische Interesse der CDU an dieser Frage nach dem Regierungswechsel von 1982 wieder deutlich abnahm. Dabei wird allgemein beklagt⁷, daß es wegen eines fehlenden Armutsbegriffs und unzureichender Datenquellen äußerst schwierig ist, verlässliche quantitative Aussagen zu diesem Problemkreis zu machen. Die besten Informationen bieten oft Armutsberichte, die auf bestimmte Städte oder Regionen bezogen sind.⁸ Trotzdem lassen die Daten des Statistischen Jahrbuchs zumindest einige Rückschlüsse zu: So ist z. B. die Zahl der Empfänger/innen von Sozialhilfe (»laufende Hilfe zum Lebensunterhalt«) in den letzten zehn Jah-

ren erheblich gestiegen, von 1,322 Millionen 1980 auf 2,774 Millionen 1989, wobei der Ausländer/innenanteil darunter meist überschätzt wird (634 000).⁹ Etwa 200 000 Nichtseßhafte sind in diesen Zahlen noch gar nicht enthalten. Eine ähnliche Größenordnung der Anzahl armer Bundesbürger/innen liefert die Statistik der Haushaltseinkommen (Tabelle I):

Tabelle I: Haushalte (Anzahl in 1000) nach Personenzahl und Haushaltseinkommen

| DM | < 600 | 600– 1200 | 1200– 1800 | 1800– 2500 | 2500– 3000 | 3000– 4000 | 4000– 5000 | > 5000 |
|-------|-------|--------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|--------|
| Pers. | | | | | | | | |
| 1 | 531 | 2440 | 2801 | 2247 | 479 | 440 | 143 | 133 |
| 2 | 29 | 317 | 913 | 1870 | 1183 | 1744 | 804 | 739 |
| > = 3 | 8 | 98 | 316 | 1290 | 1130 | 2139 | 1466 | 1835 |

Quelle: Statistisches Jahrbuch 1991

Es gibt in den alten Bundesländern immerhin 531 000 Ein-Personen-Haushalte mit einem monatlichen Einkommen unter DM 600,-. Aber auch 29 000 Haushalte mit zwei Personen und 8000 Haushalte mit drei oder mehr Personen müssen laut Statistik mit diesem Betrag auskommen. 317 000 Zwei-Personen-Haushalte verfügen über maximal DM 1200 ebenso wie 98 000 Haushalte mit drei oder mehr Personen. 316 000 solcher Haushalte mit mindestens drei Mitgliedern haben ein immer noch sehr niedriges Einkommen von bis zu 1800 DM.¹⁰

Armut in Deutschland bedeutet dabei immer: Armut im Wohlstand. Ohne die extremen Ungleichheiten in der Verteilung von Einkommen und Vermögen würden die Armen in unserem Land nicht solch massiven Prozessen der sozialen Ausgrenzung und Stigmatisierung unterliegen und würden nicht im selben Maße unter mangelndem Selbstbewußtsein (Hast du nichts, dann bist du nichts) auf Grund fehlender Konsumchancen leiden. Wachsender Wohlstand bei zwei Dritteln der Gesellschaft führt auch dazu, daß von vielen angezweifelt wird, daß es überhaupt Armut in einer so reichen Gesellschaft gibt.¹¹ Angesichts des allgemeinen Wohlstands liegt für viele der Schluß nahe, daß die Armen eigentlich nur selbst schuld sein können, wenn sie arm blei-

ben. In einer solchen Perspektive wird jedoch übersehen, daß die strukturell bedingten Ungleichheiten auch in unserem Land extrem sind, allerdings auf einem Niveau, das den meisten im Gegensatz zur Situation in den Entwicklungsländern ein relativ gutes Leben ermöglicht. Nach Angaben der Weltbank hatte die Bundesrepublik Deutschland 1984 eine im Vergleich zu anderen Industrieländern recht ungünstige Einkommensverteilung: Die ärmsten 20% der Bevölkerung verfügten nur über 6,8% aller Einkommen, während die reichsten 20% der Bevölkerung 38,7% aller Einkommen bezogen (Tabelle II).¹²

Tabelle II

| Haushalts- quintile | unterste 20% | zweite 20% | dritte 20% | vierte 20% | höchste 20% |
|--------------------------------------|-----------------|---------------|---------------|---------------|----------------|
| Anteil an der Summe der Einkommen | 6,8% | 12,7% | 17,8% | 24,1% | 38,7% |
| Zum Vergleich: | | | | | |
| Japan | 8,7% | 13,2% | 17,5% | 23,1% | 37,5% |
| Ungarn | 10,9% | 15,3% | 18,7% | 22,8% | 32,4% |
| Brasilien | 2,4% | 5,7% | 10,7% | 18,6% | 62,6% |

Quelle: Weltentwicklungsbericht 1991

Auch schon ein Vergleich der durchschnittlichen Brutto-Stundenlöhne von Arbeitern/innen in der Industrie ist aufschlußreich: So kommt ein männlicher Arbeiter in der obersten Leistungsgruppe der mineralölverarbeitenden Industrie auf 28,47 DM/Stunde, während eine Arbeiterin in der Schuhindustrie nur 12,79 DM/Stunde erreicht.¹³ Die Veränderungstendenz der Einkommensverteilung verläuft dabei eindeutig zuungunsten der ärmeren Schichten. Während die verfügbaren Einkommen der Selbständigen-Haushalte (ohne Landwirtschaft) von 1980 bis 1990 um 77% stark anwachsen, lag die Wachstumsrate bei allen übrigen Haushalten zwischen 23 und 33%.¹⁴

Die Verteilung der Vermögen ist noch von einer sehr viel größeren Ungleichheit gekennzeichnet: Nach der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) von 1988 entfielen auf die ärmere Hälfte der privaten Haushalte nur knapp 2% des gesamten Geldvermögens, während umgekehrt die 1% reichsten Haushalte über 14% des gesamten Vermögens ver-

fügten.¹⁵ Noch krasser sind die Ungleichheiten nach einer älteren Untersuchung – die Situation dürfte sich inzwischen weiter verschlechtert haben – im Falle der Produktivvermögen: Nur 1,7% der Haushalte verfügen über 51% der Produktivvermögen.¹⁶

Armut läßt sich jedoch nicht allein durch niedrige Einkommens- und Vermögenswerte beschreiben. In der neueren Forschung wird zunehmend dazu übergegangen, Armut durch »inferiore«, d. h. nachteilige »Lebenslagen« zu charakterisieren¹⁷, zu denen neben schlechten Wohnungen und Wohnumfeldern, fehlenden sozialen Beziehungen, familiären Problemen (Scheidung usw.), hohe Verschuldung und Arbeitslosigkeit auch Krankheit und Alter gehören. Besonders dramatisch wird die Situation dort, wo mehrere solcher Lebenslagen kumulieren. Unter den oben angeführten Ein-Personen-Haushalten mit einem Einkommen bis DM 600,- sind besonders viele Rentnerinnen, deren Situation sich dramatisch zuspitzt, wenn sie pflegebedürftig werden. In allen Altersstufen, besonders aber im Rentenalter, ist der Anteil von Frauen, die Sozialhilfe beziehen, höher als der der Männer. Über die Hälfte der Arbeitslosenhaushalte und ein entsprechender Prozentsatz der Haushalte von Alleinerziehenden haben nur ein Nettogeldvermögen von unter 2500 DM, was deren prekäre finanzielle Lage verdeutlicht.¹⁸ 212 000 Wohnungen in den alten Bundesländern haben weder Bad noch WC. 760 000 Haushalte haben zwar ein WC in der Wohnung, müssen aber ohne Bad auskommen. 45 000 Haushalte mit 4 Personen oder mehr leben in Wohnungen mit nur einem oder zwei Zimmern.¹⁹ Der »Lebenslagen-Ansatz« macht anschaulich, »daß sich bei größerer Tiefengliederung der Untersuchung ein höchstheterogenes Bild der Armutsbevölkerung ergibt. Hinter ähnlichen materiellen Lebenslagen verbergen sich facettenreiche soziale Erscheinungsformen. Dies betrifft sowohl die sozialen Merkmale der Armen wie auch die jeweilige Kombination von Defiziten in verschiedenen Dimensionen der Lebenslage«²⁰. Nur so können auch die Ursachen von »Armutskarrieren« verstanden und entsprechende sozialpolitische Maßnahmen entwickelt werden.

Ein entscheidender Faktor, der vor allem dann in Armut führt, wenn er nicht nur vorübergehender Natur ist, ist die Arbeitslosigkeit. Im September 1990, nach einem Jahr extrem hoher Konjunktur und steigender Erwerbstätigenzahl, waren immer noch über eine halbe Million Menschen länger als ein Jahr arbeitslos.²¹ Dramatische Lücken unseres leistungsbezogenen Netzes sozialer Sicherheit zeigen sich dort, wo junge Menschen ihre berufliche »Karriere« nach Ende der Schulzeit gleich mit Arbeitslosigkeit beginnen und deshalb gar keine Chance haben, viele der sozialen Leistungsansprüche zu erwerben, die vorangegangene Erwerbstätigkeit voraussetzen. Tatsächlich erhielten von 1,7 Millionen Arbeitslosen in den alten Bundesländern (Mai 1992) nur 1,2 Millionen Leistungen vom Arbeitsamt.²²

In den Jahren 1990 und 1991 profitierten die Bürger/innen der alten Bundesländer vom beispiellosen einigungsbedingten Boom, der zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit beitrug, die ja 1984 schon einmal bei 2,4 Millionen gelegen hatte. Doch die katastrophale Wirtschaftsentwicklung in den neuen Ländern wird zunehmend auf die alte Bundesrepublik zurückschlagen; die unterschiedlichen Arbeitslosenquoten, aber auch die prekären Wohnverhältnisse werden sich voraussichtlich durch weiterhin dynamische Migrationsbewegungen von Ost nach West allmählich ausgleichen. Viele Bundesbürger/innen, die sich im Westen um Stellen beworben haben, mußten die Erfahrung machen, daß ihnen Bewerber/innen aus dem Osten vorgezogen wurden. Die starke Nachfrage nach Wohnraum, vor allem in den Großstädten, führt zunehmend zu Ausgrenzungsprozessen im unteren Bereich der sozialen Stufenleiter. In München z. B. hängt die wachsende Armut vor allem mit den steigenden Mieten zusammen. Bereits 1990 mußten 29% der Haushalte ein Drittel und 7% der Haushalte sogar mehr als die Hälfte ihres Einkommens für die Miete aufbringen.²³

Was die Armutssituation in den neuen Bundesländern angeht, so fehlen bislang verlässliche Untersuchungen. Angesichts derzeit noch (!) niedrigerer Lebenshaltungskosten, vor allem hinsichtlich der Wohnungsmieten, genügt es

nicht, allein die Einkommen, die im Osten generell um 30 bis 40% unter dem West-Niveau liegen, miteinander zu vergleichen. Aber gleichzeitig darf nicht übersehen werden, daß ja nur ein Teil der Bevölkerung, der zudem weiterhin abnimmt, einen Arbeitsplatz hat. Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR waren im Mai 1992 1,15 Millionen Arbeitslose registriert. Das entspricht einer Quote von 14,1%.²⁴ Der weitaus größte Teil der Arbeitslosen, nämlich 63,2%, waren Frauen. Die Arbeitslosenquote ist aber nur deshalb nicht höher, weil durch arbeitspolitische Maßnahmen viele nicht als Arbeitslose erscheinen, obwohl sie tatsächlich keine Stelle haben. Würde man die 437 000 Kurzarbeiter/innen (von denen etwa die Hälfte einen Arbeitsausfall von über 50% haben), die 479 000 Bezieher/innen von Altersübergangsgeld, die 405 000 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und die 510 000 Personen, die in Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung oder Umschulung stecken, hinzuzählen, so käme man auf eine effektive Arbeitslosenquote von etwa 34%. In besonders betroffenen Gebieten gibt es noch weit höhere Arbeitslosenquoten.

Im Westen ist der Einigungsboom inzwischen abgeflaut und der »Aufschwung Ost« noch nicht in Sicht. Es wird deshalb weiterhin notwendig sein, durch ABM, Vorruhestand, Beschäftigungsgesellschaften und großzügige Kurzarbeiterregelungen die offene Arbeitslosigkeit niedrig zu halten, um so soziale Unruhe zu vermeiden oder zu mindern, deren Symptom, nicht Ursache, die jetzt gegründeten »Komitees für Gerechtigkeit« sind. »Vor allem vielen Westdeutschen scheint es immer noch nicht klar zu sein, daß es sich [bei den ehemaligen DDR-Bürgern/innen] um Menschen handelt, die ihre Lebenslage zunehmend weniger an den Zuständen in der alten DDR messen (die eine breite Schicht dürftiger Lebensverhältnisse beherbergt hat), sondern sich zu Recht mit den ›neuen Reichen‹ und hinreichend ›Wohlhabenden‹ in den neuen und alten Bundesländern vergleichen.«²⁵

Zur Verbesserung der Situation der Armen in Deutschland fordert die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik zunächst als eine am schnellsten wirksame Maßnahme die

Erhöhung und bedarfsgerechte Ausgestaltung der Sozialhilfesätze.²⁶ Um langfristig Arbeitslosigkeit abzubauen oder zumindest nicht anwachsen zu lassen, bleibt angesichts fortschreitender Rationalisierung und zunehmenden Interesses von Frauen an bezahlter Arbeit nach wie vor eine Politik der Arbeitszeitverkürzung aktuell. Schließlich muß das Sozialversicherungssystem in Richtung einer bedarfsorientierten Mindestsicherung ausgebaut werden, durch die nicht nur die Aufblähung der Sozialbürokratie zurückgedrängt, sondern auch eine menschlichere Unterstützung der Armen möglich werden könnte. Ein besonders interessanter – wenn auch besonders umstrittener – Vorschlag der Katholischen Sozialakademie Österreichs dazu beinhaltet, ein arbeitsunabhängiges Grundeinkommen für alle einzuführen.²⁷ Dadurch würden nicht nur komplizierte und kostspielige Sozialversicherungssysteme überflüssig, die Lohnnebenkosten gesenkt und der Arbeitsmarkt entlastet, sondern auch große Potentiale für verschiedenste ehrenamtliche Tätigkeiten in Politik, Kirche und Gesellschaft freigesetzt und damit ein wichtiger Schritt in Richtung eines öko-sozialen Umbaus der gesamten Gesellschaft getan.

3. Soziale Ungleichheit weltweit

Im Vergleich zu den weltweit beobachtbaren Ungleichheiten der Lebens- und Überlebenschancen von Menschen nehmen sich die Disparitäten auf nationaler Ebene geradezu harmlos aus. Dem neuesten Weltentwicklungsbericht des UNDP²⁸ zufolge hat sich der Abstand zwischen arm und reich weltweit in den letzten 30 Jahren sogar noch erheblich vergrößert. Die 20% der Bevölkerung, die in den reichsten Ländern leben, hatten im Jahre 1960 Einkommen, die durchschnittlich 30mal so hoch waren wie die der Bevölkerungen in den ärmsten 20%. Heute (1990) hat sich dieser Faktor auf 60 verdoppelt. Bezieht man den Vergleich nicht auf Länder, sondern auf Personen unabhängig von ihren Staatsangehörigkeiten, so wird das Ungleichgewicht noch krasser: die 20% reichsten der Weltbevölkerung ha-

ben ein durchschnittliches Einkommen, das etwa 150mal so hoch ist wie das der ärmsten 20%.²⁹ In Brasilien, einem Land mit besonders extremem Ungleichgewicht der Verteilung, liegt das Einkommen der reichsten 20% »nur« um den Faktor 26 höher als das der ärmsten 20%. Das reichste Fünftel der Weltbevölkerung erwirtschaftet 82,7% des Welt-Bruttosozialprodukts, wickelt unter sich 81,2% des Welt-handels und 94,6% der kommerziellen Kredite ab, verfügt über 80,6% der Weltersparnisse und 80,5% der Inlands-Investitionen. Beim ärmsten Fünftel lauten die Zahlen in derselben Reihenfolge: 1,4%, 1,0%, 0,2%, 1,0% und 1,3%. Mit nur einem Viertel der Weltbevölkerung verbrauchen die Industrieländer 70% der weltweit genutzten Energie, 75% der metallischen Rohstoffe, 85% des Holzes und 60% aller Nahrungsmittel.³⁰

Um den Vergleich noch etwas konkreter und anschaulicher zu machen, habe ich in der folgenden Tabelle III wichtige Kennziffern des Entwicklungsstandes zweier Länder gegenübergestellt, die nach der Rangfolge der Weltbank, gemessen am Bruttosozialprodukt pro Kopf, das ärmste (Mosambik) und das reichste Land der Welt (Schweiz) darstellen.³¹

Tabelle III

| | Mosambik | Schweiz |
|---------------------------------------|----------|---------|
| BSP/Kopf in US-\$ pro Jahr (1989) | 80 | 29 880 |
| Lebenserwartung (Jahre) | 49 | 78 |
| Analphabetenquote | 62% | < 5% |
| jährl. BIP-Wachstum 1980–89 | -1,4% | 2,1% |
| Energieverbrauch (kg Öl/Kopf) | 84 | 3913 |
| jährl. Bevölker.-Wachstum (1980–89) | 2,7% | 0,5% |
| Altersstruktur (Ant. d. 0–14jährigen) | 44% | 16,9% |
| Einwohner/Arzt (Äthiopien) | 78 770 | 700 |
| Säuglingssterblichkeit/1000 | 137 | 7 |
| tägliches Kalorienangebot | 1632 | 3547 |
| Müttersterblichkeit/100 000 Geburten | 479 | 5 |

Quelle: Weltentwicklungsbericht 1991.

Während die Industrieländer im Jahrzehnt von 1980 bis 1989 ein durchschnittliches jährliches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf der Bevölkerung von 2,5% auf-

wiesen (was für die zehn Jahre insgesamt 24,9% entspricht), ging dieses in den Ländern südlich der Sahara jährlich um 2,2% (insgesamt also um 20,4%) und in Lateinamerika und der Karibik jährlich um 0,6% (insgesamt also um 5,3%), zurück.³² Mit gutem Grund wurden die achtziger Jahre deshalb für Afrika und Lateinamerika als »verlorenes Jahrzehnt« bezeichnet. In Südasien und Ostasien waren die Wachstumsraten erheblich günstiger (3,2% bzw. 6,7%). Dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß trotzdem die größte Zahl der Armen, gemessen an einem Jahreseinkommen von bis zu 370 US-Dollar, in Südasien und Ostasien leben, nämlich 520 bzw. 280 Millionen (Zahlen von 1985) (siehe Tabelle IV). Allein in Indien gibt es 420 Millionen und in China 210 Millionen Arme, während es in Afrika südlich der Sahara »nur« 180 und in Lateinamerika und der Karibik gar »nur« 70 Millionen sind. Insgesamt kommt die Weltbank in ihren Berechnungen zu einer Gesamtzahl von 1,116 Milliarden Armen in den Entwicklungsländern.³³

Tabelle IV: Armut in den Entwicklungsländern (1985)

| | Arm/extrem arm (in Mio) | Anteil an Gesamtbevölkerung in % |
|----------------------------|----------------------------|-------------------------------------|
| Afrika südl. der Sahara | 180 | 47 |
| Ostasien | 280 | 20 |
| Südasien | 520 | 51 |
| Osteuropa | 6 | 8 |
| Naher Osten und Nordafrika | 60 | 31 |
| Lateinamerika und Karibik | 70 | 19 |
| Alle Entwicklungsländer | 1,116 | 33 |

Quelle: Entwicklungsbericht der Weltbank 1990, 35.

Wenn und nur wenn alles getan wird, um Armut zu bekämpfen, kann es nach den Projektionen der Weltbank gelingen, die Zahl der Armen bis zum Jahr 2000 weltweit um etwa 300 Millionen zu reduzieren, allerdings überwiegend in Südasien und Ostasien. In Afrika südlich der Sahara wird die Zahl der Armen um etwa 100 Millionen weiter anwach-

sen.³⁴ Tatsächlich ist von allen Kontinenten die Situation in Afrika am dramatischsten: Von weltweit 26 hochverschuldeten Ländern mit niedrigem Einkommen liegen 24 in Afrika südlich der Sahara. Die Strukturanpassungsmaßnahmen verschlechtern in der Regel die Situation der Armen, ohne daß eine wirtschaftliche Erholung in Aussicht stünde, die auch deren Lage in absehbarer Zeit verbessern würde.³⁵ Verheerende Bürgerkriege führen zu dramatisch steigenden Flüchtlingszahlen. Im Jahre 1990 gab es in Afrika 5,6 Millionen Menschen auf der Flucht.³⁶ Im April 1992 forderte die Deutsche Welthungerhilfe zu verstärkter Solidarität mit Afrika auf, wo 26 Millionen Menschen in 14 Ländern akut von einer schlimmen Dürrekatastrophe bedroht seien.³⁷ Nach einer ganz neuen Studie der Welternährungsorganisation der UNO (FAO) hat sich die Zahl der ständig hungernden Menschen in Afrika von 101 Millionen 1969 auf heute 168 Millionen erhöht und wird sich vermutlich weiter erhöhen.³⁸ Afrika hat weltweit die höchsten Wachstumsraten der Bevölkerung (durchschnittlich 3% pro Jahr, mit Spitzenwerten von 3,8% in Tansania und Zambia). Damit wird sich die Zahl der Afrikaner/innen von heute knapp 650 Millionen auf 1,6 Milliarden Menschen im Jahr 2025 mehr als verdoppeln. Gleichzeitig hat Afrika die geringsten Werte der Lebenserwartung von durchschnittlich nur 54 Jahren (Europa: 75) und die höchste Säuglingssterblichkeit von 94 pro 1000. Die Immunschwächekrankheit AIDS breitet sich dort besonders schnell aus und erfaßt nicht nur bestimmte Gruppen, sondern die gesamte sexuell aktive Bevölkerung. AIDS-Kranke unter den Armen haben eine sehr geringe Lebensdauer: Während AIDS-Infizierte in den Industrieländern durchschnittlich 700 Tage überleben, sind es in Afrika nur 50 bis 100 Tage. Zurück bleiben oft ganze Dörfer, in denen es nur alte Menschen und Kinder gibt.³⁹

Die weltweite Armut ist durch bloße Umverteilung sicherlich nicht effektiv und nachhaltig zu beseitigen. Abgesehen vom wahrscheinlich unlösbaren Problem der politischen Durchsetzung einer solchen Maßnahme würde sie ökonomisch gefährlich, sogar kontraproduktiv sein. Nach Mei-

nung der Weltbank weisen die ostasiatischen Schwellenländer, wie z. B. Indonesien, Malaysia und Thailand, einen Weg zur allmählichen Verbesserung der Situation der Armen, der in einer Strategie mit zwei gleichgewichtigen, sich gegenseitig verstärkenden Elementen besteht: »Das erste Element ist die Förderung der produktiven Nutzung eines Aktivums, mit dem die Armen am reichlichsten ausgestattet sind, nämlich ihrer Arbeitskraft. Es verlangt nach Maßnahmen, welche die Marktanreize, die sozialen und politischen Institutionen, die Infrastruktur und die Technik auf dieses Ziel hin ausrichten. Das zweite Element dieser Strategie ist die Bereitstellung grundlegender sozialer Leistungen für die Armen. Die Grundversorgung im Gesundheitsbereich, Familienplanung, Ernährung und Grundschulbildung sind besonders wichtig.«⁴⁰

Entscheidender Motor zur Durchsetzung einer solchen Strategie können – realistisch betrachtet – nur die Armen selbst sein. Sie müssen sich zunächst selbst helfen, wozu sie auch durchaus in der Lage sind, wenn man sie nur läßt. Sie selbst müssen Subjekte und Träger ihrer Entwicklung sein, wenn diese Erfolg haben soll. Ihr Potential der Selbsthilfe und ihre Fähigkeit zur gegenseitigen Solidarität sind groß.⁴¹ Sie kommen in einer unübersehbaren Zahl von phantasievollen Initiativen von Elendsviertelbewohnern im informellen Sektor der Wirtschaft, in eigenständig verlegten Wasser- und Stromanschlüssen, in selbst erbauten Straßenverbindungen, in Landbesetzungen durch landlose Bauern, in Gewerkschafts- und Genossenschaftsgründungen, Sparkassen und politischer Mobilisierung zum Ausdruck. Selbsthilfe hat unverzichtbar auch eine politische Dimension, die nicht selten den Interessen der Herrschenden zuwiderläuft.⁴² Solche Basisinitiativen der Armen werden deshalb häufig politisch unterdrückt. Ihre Lage ist nicht rechtsstaatlich gesichert. Sie sind der Willkür der Verwaltungen und der wirtschaftlich und politisch Mächtigen ausgeliefert. Ihre Zugangsmöglichkeiten zu echten Märkten, zu Know-how und angepaßter Technologie, zu Krediten und Aus- bzw. Fortbildungsmöglichkeiten sind beschränkt. Es fehlt an sozialer Sicherheit, Gesundheitsvorsorge, freiem

Zugang zu Verhütungsmitteln und elementarer Bildung. Deshalb ist es von größter Bedeutung, daß die Entwicklungsländer durch interne wirtschaftliche, politische und soziale Reformen diese Selbsthilfepotentiale freilegen und fördern, was erhebliche strukturelle Veränderungen erfordert (z. B. Landreformen).

Ohne diese hier nur in groben Zügen angedeuteten internen Reformen werden alle übrigen Anstrengungen ins Leere laufen. Gleichzeitig aber gilt auch umgekehrt: Ohne Verbesserung der externen Bedingungen für die Entwicklung der Länder der sogenannten »Dritten« Welt werden deren Eigenanstrengungen kaum erfolgreich sein. Darauf hat insbesondere der schon zitierte letzte Bericht über menschliche Entwicklung des UNDP mit Nachdruck hingewiesen. Zwar proklamieren die Industrieländer vollmundig den freien Weltmarkt, wenn sie in der »Dritten« Welt freie Fahrt für ihre Waren und Kapitalanlagen suchen. Gleichzeitig aber verhindern sie durch ein System gestaffelter Zollschranken und nicht-tarifärer Handelshemmnisse dort den Zugang der Entwicklungsländer zu den Märkten der Industrieländer, wo die »Dritte« Welt wegen niedrigerer Lohnkosten konkurrenzfähig wäre. Insbesondere die Errichtung eines nach außen abgeschotteten EG-Binnenmarktes wird deshalb für die »Dritte« Welt sehr nachteilige Auswirkungen haben. Mit solchen Mechanismen hängt es zusammen, daß sich der Anteil der Entwicklungsländer am Welthandel, insbesondere der ärmsten unter ihnen, in den letzten 20 Jahren halbiert hat. Zunehmende Einschränkungen des Technologietransfers erhalten heute – im Gegensatz etwa zum 19. Jahrhundert – den Industrieländern ihren Vorsprung der technischen Entwicklung und ihr Monopol in der Vermarktung der Schlüsseltechnologien. Weitere Verluste entstehen der »Dritten« Welt dadurch, daß zwar die Märkte für Kapital relativ frei sind, nicht aber für Arbeit. Innerhalb der Nationen können Arbeitskräfte dorthin abwandern, wo sie Arbeitsstellen finden. Auf internationaler Ebene wird die internationale Migration durch entsprechende restriktive Politiken der Industrieländer auf besonders qualifizierte Fachkräfte eingeschränkt, wodurch die

Entwicklungsländer noch dazu ihrer fähigsten Experten beraubt werden, während man die große Masse der Armen ausschließt. Das UNDP hat berechnet, daß durch diese bestehenden Unfreiheiten der Märkte für Waren und Arbeitskräfte den Entwicklungsländern jährliche Einnahmen von 500 Milliarden US-Dollar verlorengehen; das ist zehnmal mehr, als sie an offizieller Entwicklungshilfe erhalten.⁴³ Entsprechende Reformen würden natürlich in den Industrieländern schmerzliche Strukturanpassungen, vor allem in der Landwirtschaft und der Textilindustrie, aber auch in anderen Bereichen, erfordern, deren negative Folgewirkungen sozial abgefedert werden müßten.

Auf nationaler Ebene wird versucht, die Rahmenbedingungen einer freien Marktwirtschaft so zu setzen, daß ihre nachteiligen Auswirkungen nach Möglichkeit korrigiert werden. Ein System spezifischer Verbrauchssteuern versucht wenigstens ansatzweise, externe Kosten in die Preise zu internalisieren. Verschiedene soziale Sicherungssysteme sollen garantieren, daß die Risiken des Marktes nicht für einzelne oder Gruppen von Menschen zu Überlebensrisiken werden. Auch wird angestrebt, durch eine sekundäre Einkommensverteilung, etwa mit Hilfe einer progressiven Einkommens- und Vermögenssteuer, soziale Disparitäten zu mildern. Direkte staatliche Unterstützungsmaßnahmen werden in Richtung strukturschwacher Gebiete oder besonderer Problemgruppen kanalisiert. So schlecht diese Maßnahmen auf nationaler Ebene oft wirken, auf internationaler Ebene fehlen sie fast ganz. Deshalb fordert das UNDP einen Ausbau internationaler Institutionen, um Einrichtungen zu schaffen, die zumindest auf lange Sicht solche Politiken entwickeln könnten. Dazu würden beispielsweise eine Welt-Zentralbank, ein System progressiver Einkommenssteuern auf Welt-Ebene, ein System zur Kontrolle fairer Welthandelsbedingungen als Nachfolgeorganisation des GATT⁴⁴ und schließlich eine Stärkung der UNO und ihrer Sanktionsmöglichkeiten im Falle friedensbedrohender Konflikte gehören. Auch die Errichtung eines »Weltentwicklungsrates« und eines »Weltumweltrates« in Analogie zum Weltsicherheitsrat wären denkbar.⁴⁵

Insgesamt wird deutlich: Ohne daß die reichen Nationen dieser Erde darauf verzichten, die Strukturen der Weltwirtschaft und Weltpolitik nur nach ihren Interessen auszurichten, haben die Armen in der »Dritten« Welt kaum eine Chance. Deshalb sind strukturelle Maßnahmen des Wachstums- und Wohlstandsverzichts zugunsten der »Dritten« Welt unumgänglich. Dies gilt aber noch aus einem weiteren Grund: Das herrschende nordatlantische Zivilisationsmodell ist mit einem solchen Ausmaß an ökologischer Belastung dieses Planeten verbunden, daß es unmöglich für alle Menschen – im Jahr 2025 werden es 8,5 Milliarden sein⁴⁶ – Zielpunkt von »Entwicklung« sein kann.⁴⁷ Unsere Art zu leben ist nicht universalisierbar. Es wäre katastrophal, würde man uns weiterhin als »Vorbild« betrachten und nachzuahmen versuchen. Die Vorstellung aber, diesen »way of life« für die reichen Nationen zu *reservieren*, ihn jedenfalls nicht zur Diskussion zu stellen⁴⁸, ist ethisch nicht vertretbar. Das Prinzip universeller und generationenüberschreitender Gerechtigkeit verpflichtet die Industrienationen dazu, so schnell wie möglich das von ihnen verursachte Maß ökologischer Zerstörung zu reduzieren. Nur so werden die Umweltbelastungen, die mit der Armutsbekämpfung und dem dazu unumgehbar wirtschaftlichen Wachstum in der »Dritten« Welt notwendigerweise verbunden sein werden, nicht zu einem Kollaps des »Raumschiffs Erde« führen. Nur so wird den zukünftigen Generationen eine Umwelt erhalten und in Kompensation für aufgebrauchte Energie- und Rohstoffvorräte ein technisches Know-how übergeben, die zusammen ein menschenwürdiges Leben auf unserem Planeten ermöglichen.

Nach wie vor höchst aktuell ist jedenfalls die Mahnung der 1971 in Rom versammelten Bischöfe; die schon damals, kurz vor der in Stockholm 1972 stattfindenden ersten Weltkonferenz für Umwelt und Entwicklung, auf »eine neue, die Welt in Atem haltende Angelegenheit« aufmerksam machten: »Unerfindlich ist, wie die reichen Völker es rechtfertigen wollen, ihren Zugriff auf die Güter der Erde noch weiter zu steigern, wenn das zur Folge hat, daß entweder die anderen Völker niemals über ihre elende Notlage

hinauskommen oder gar die physischen Grundlagen des Lebens auf der Erde Gefahr laufen, zerstört zu werden. Die jetzt schon Reichen müssen sich mit einer materiell weniger anspruchsvollen Lebenshaltung bescheiden und weniger verschwenderisch mit den Dingen der Umwelt umgehen, um nicht jenes Erbgut zu zerstören, in das sie sich mit der ganzen übrigen Menschheit nach strenger Gerechtigkeit zu teilen haben« (JM 64.7). Dieses Teilen in weltweiter und generationübergreifender Solidarität wäre die »erste globale Revolution«, von der der Club of Rome in seinem jüngsten Bericht spricht: das erste Mal, daß sich die Menschheit einer globalen Herausforderung bisher nie gekannten Ausmaßes gegenüber sieht, mit der Chance, darauf solidarisch zu reagieren und dadurch die Rede von der »einen Menschheitsfamilie« der Wirklichkeit näher zu bringen. Das klingt nach unrealistischen, utopischen Träumereien, doch es gibt keine andere Chance: »Erst wenn die Bewohner der Erde erkennen, daß sie von den gleichen unmittelbaren Gefahren bedroht werden, kann ein universaler politischer Wille entstehen und jene Kooperation, die für das Überleben der Menschheit notwendig ist.«⁴⁹

4. Schluß

Ein nüchterner und realistischer Blick auf die Zukunftsperspektiven unseres Planeten führt zu der Erkenntnis: Ökonomische, soziale, politische und ökologische Katastrophen gigantischen Ausmaßes werden kaum mehr verhindert werden können und mit kaum vorstellbarem menschlichem Leid verbunden sein. Sie werden vor allem die Menschen in der »Dritten« Welt, also zwei Drittel der Menschheit, treffen. Aber auch wir Reichen werden von ihnen nicht verschont bleiben. Die notwendige gemeinsame und solidarische Politik zur Abwendung der totalen Selbstvernichtung der Menschheit wird um so größere Chancen haben, je früher und je tatkräftiger sie begonnen wird. Dabei müssen die reichen Industrieländer bereit sein, großzügig in den ökosozialen Umbau der Industriegesellschaft und die Armutsbe-

kämpfung in der »Dritten« Welt zu investieren. Das wird kurz- und mittelfristig große Opfer verlangen, langfristig aber die einzige Möglichkeit sein, um einen alle in den Abgrund reißenden Zusammenbruch abzuwenden.

Vielleicht kann es sogar gelingen, in dieser solidarischen Zusammenarbeit die Erfahrung zu machen, daß materieller Verzicht durchaus tieferes Glück bedeuten kann. Diese Erfahrung haben uns die Menschen in der »Dritten« Welt voraus: Sie fordern nicht nur von uns, mit ihnen zu teilen. Sie wollen auch mit uns teilen, und zwar ihre Hoffnung. Sie sind bereit, uns eine Geschichte von 500 Jahren Unterdrückung und Ausbeutung zu vergeben. Die Armen bieten Werte an, die anderswo kaum mehr anzutreffen sind. »Von der Dritten Welt aus geht dieser Strom von Hoffnung für die Menschheit, der es immer wieder möglich macht, daß Leben existiert. [...] Die Geschichte zwischen dem Norden und Süden ist eine traurige Geschichte, aber sie kann sich ändern, und in jedem Fall muß sie sich ändern. Der Norden kann und muß uns helfen, damit ein Minimum an gerechtem und würdigen Leben möglich wird. Der Süden kann zu einer Quelle des Geistes für den Norden werden. Wichtig ist, Idee und Ideal der Menschheitsfamilie als einer Ganzen zu erfassen und damit ernst zu machen.«⁵⁰

Anmerkungen

¹ United Nations High Commission for Refugees = Hohes Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen.

² Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (Hrsg.): Weltbevölkerungsbericht 1992, Bonn 1992, 24.

³ Deutsche Kommission Justitia et Pax: Gerechtigkeit für alle: Zur Grundlegung kirchlicher Entwicklungsarbeit, Bonn 1991, 35.

⁴ Vgl. Habermas, Jürgen: Diskursethik – Notizen zu einem Begründungsprogramm. In: Ders.: Moralbewußtsein und kommunikatives Handeln, Frankfurt am Main 1983, sowie neuestens: Ders.: Erläuterungen zur Diskursethik. Frankfurt am Main 1991.

⁵ Vgl. Berichte und Dokumentationen in der Frankfurter Rundschau, 10. 4. 1992 und 14. 4. 1992.

⁶ Geißler, Heiner: Die Neue Soziale Frage, Freiburg 1976.

- ⁷ Vgl. Döring, Diether; Hanesch, Walter; Huster, Ernst-Ulrich (1990b): Armut als Lebenslage: Ein Konzept für Armutsberichterstattung, und Armutspolitik. In: Ders. (Hrsg.): Armut im Wohlstand. Frankfurt am Main 7–27, hier 12.
- ⁸ Ein »Armutbericht 1990« der Stadt München weist beispielsweise darauf hin, daß von den 1,3 Millionen Einwohnern der Stadt 122 000, also fast 10%, von Armut betroffen sind (bei einer »Armutsschwelle« von 530,- DM/Monat), was im Vergleich zu 1986 einer Zunahme um 46% entspricht (Frankfurter Rundschau, 28. 11. 91). Vgl. auch: Caritasverband für die Diözese Münster (Hrsg.): Arme haben keine Lobby: Caritas-Report zur Armut. Freiburg i. Br. 1987.
- ⁹ Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 1991, Wiesbaden 1991, 474 bzw. Statistisches Jahrbuch 1982, 403.
- ¹⁰ Statistisches Jahrbuch 1991, 71.
- ¹¹ Neue Armut in der Europäischen Gemeinschaft. / für die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hrsg. v. Graham J. Room und Bernd Henningsen. Frankfurt am Main; New York 1990, 19.
- ¹² Weltbank (Hrsg.): Weltentwicklungsbericht, 1991: Entwicklung als Herausforderung. Bonn: UNO-Verlag, 1991, 305.
- ¹³ Statistisches Jahrbuch 1991, 562.
- ¹⁴ Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum '92: Gegen den ökonomischen Niedergang – Industriepolitik in Ostdeutschland. Köln, 1992, 76.
- ¹⁵ Ebd.
- ¹⁶ Mierheim, Horst; Wicke, Lutz: Die personelle Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland. Tübingen, 1978, 374.
- ¹⁷ Zum »Lebenslagen-Ansatz« vgl. Glatzer, Wolfgang; Hübinger, Werner: Lebenslagen und Armut. In: Döring, Diether; Hanesch, Walter; Huster, Ernst-Ulrich (Hrsg.): Armut im Wohlstand. Frankfurt am Main 1990, 31–55.
- ¹⁸ Schломann, Heinrich: Vermögen und Schulden der Armen. In: Döring, Diether; Hanesch, Walter; Huster, Ernst-Ulrich (Hrsg.): Armut im Wohlstand. Frankfurt am Main 1990, 142–158, 147.
- ¹⁹ Statistisches Jahrbuch 1991, 248–249.
- ²⁰ Glatzer/Hübinger 1990, 50.
- ²¹ Statistisches Jahrbuch 1991, 129.
- ²² Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA) 40 (1992) 6, 907.
- ²³ Armutsbericht 1990 der Stadt München, zit. n. Frankfurter Rundschau, 28. 11. 1991.
- ²⁴ Diese und die folgenden Zahlen zur Arbeitslosigkeit aus ANBA 40 (1992) 6, 911.
- ²⁵ Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 1992, 84.
- ²⁶ Ebd., 84–86.
- ²⁷ Büchele, Herwig; Wohlgenannt, Lieselotte: Den öko-sozialen Umbau beginnen: Grundeinkommen. Wien–Zürich 1990.
- ²⁸ United Nations Development Programme = Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen.

- ²⁹ United Nations Development Programme (UNDP): Human Development Report 1992. New York–Oxford u. a., 1992, 1 und insgesamt Kap. 3, S. 34–47.
- ³⁰ Alle Zahlen aus ebd., 35.
- ³¹ Daten entnommen aus: Weltbank: Weltentwicklungsbericht 1991, Bonn 1991, 246 ff. Beim Indikator »Ärzte pro Einwohner« waren Zahlen für Mosambik nicht angegeben. Deshalb habe ich die Zahl für Äthiopien eingesetzt, dem zweitärmsten Land der Welt.
- ³² Weltentwicklungsbericht 1990, 19.
- ³³ Ebd., 35.
- ³⁴ Ebd., 6.
- ³⁵ Zu den problematischen Folgen von solchen Strukturanpassungsmaßnahmen vgl. z. B. Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung: Plädoyer für Afrika: Eine Studie der ... zu den Wirtschaftsproblemen Afrikas. Bonn: masch., 1991, 13–15.
- ³⁶ Weltbevölkerungsbericht 1992, 24.
- ³⁷ Frankfurter Rundschau, 11. 4. 1992.
- ³⁸ Frankfurter Rundschau, 27. 7. 1992.
- ³⁹ Vgl. den Bericht vom 4. Deutschen AIDS-Kongreß in Wiesbaden, Frankfurter Rundschau, 4. 4. 1992.
- ⁴⁰ Weltentwicklungsbericht der Weltbank 1990, 3.
- ⁴¹ Zum Konzept »armutsorientierter« oder besser »armenorientierter« Entwicklungszusammenarbeit vgl. Hemmer, Hans-Rimbert; Kötter, Herbert u. a.: Armutorientierte kirchliche Entwicklungsarbeit: Eine sozio-ökonomische Analyse (Misereor-Dialog 8), Aachen 1990; Deutsche Kommission Justitia et Pax: Gerechtigkeit für alle: Zur Grundlegung kirchlicher Entwicklungsarbeit, Bonn 1991, sowie den Bundestagsbeschluß »Armutsbekämpfung in der Dritten Welt durch Hilfe zur Selbsthilfe« vom 10. 5. 1990 und das Grundsatzpapier des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, veröffentlicht unter dem Titel »Offensive für die Armen«, in: Herder-Korrespondenz 45 (1991), 79–84.
- ⁴² Das betonen immer wieder: Hemmer/Kötter, 119, 128.
- ⁴³ Human Development Report 1992, 48.
- ⁴⁴ General Agreement on Tariffs and Trade = Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen.
- ⁴⁵ Vgl. Human Development Report 1992, 78–79, 82–83.
- ⁴⁶ 7,15 Milliarden davon werden in der »Dritten Welt« leben. Zahlen aus Weltbevölkerungsbericht 1992, 47.
- ⁴⁷ So auch der Human Development Report 1992, 16: »It is inconceivable, however, that the world can support billions of people in the wasteful style to which the better-off-minority has become accustomed.
- ⁴⁸ So die Position des US-amerikanischen Präsidenten George Bush auf der Weltumweltkonferenz in Rio de Janeiro: Vgl. neben vielen anderen Berichten: Der Spiegel 446 (1992) 25 (15. 06. 92), 148–151.
- ⁴⁹ Die globale Revolution: Bericht des Club of Rome 1991, Hamburg 1991 (Spiegel-Spezial 2/1991), 11.
- ⁵⁰ Sobrino, Jon: Ein Wort der Gnade. Überlegungen für Europa aus der Sicht Lateinamerikas. In: Orientierung 56 (1992) 12, 138–139, hier 139.